

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 50 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 12. Mai 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 19

Pfingsten der Arbeiter

In der Geschichte der Apostel (2. Kap.) lesen wir: „Sie fingen an mit Feuerzungen zu reden. Ein jeglicher hörte sie reden in seiner Sprache. Sie entsetzten sich aber alle miteinander und wunderten sich und sprachen: „Siehe, sind das nicht alle Galiläer die da reden? wie hören wir denn ein jeglicher seine Sprache, darin wir geboren sind? Parther und Meder und Elamiter, und die da wohnen in Mesopotamien, im jüdischen Land und in Cappadecien, in Ponto und Asien...“

Andere aber lachten sie aus und sprachen: „Diese Leute sind voll süßen Weines.“ Die Apostelgeschichte, die uns über die „Ausgießung des heiligen Geistes“ erzählt, ist, wie so vieles im Alten und Neuen Testament, symbolische Problematik

Geschichte wiederholt sich vieltausendfach.

Christus, der das tiefe Elend seiner Klassen-genossen in Galiläa, die Ungerechtigkeit einer Gesellschaftsordnung der Privilegien erkannte, Wechsler, Händler und Zwischengewinnler aus dem Vorhof des Tempels verjagte und als Ursache allen Leides die fehlende Liebe zum Nächsten sah, galt den Gewalthabern seiner Zeit, den Besitzbürgern, als Revolutionär, als Aufwiegler der Arbeiterbürger gegen die bestehende „göttliche Ordnung“, die den Besitzenden weltlicher, militärischer und geistlicher Herkunft alle Vorrechte verlieh. Darum ließen diese Gewaltbesitzer Jesus Christus zur gleichen Stunde ans Kreuz schlagen, da sie Diebe und Mörder kreuzigten.

Das war zu allen Zeiten und bei allen Völkern der Erde so, daß die Neuerer, die Träger einer neuen Idee von den Konservativen, den Besitzbürgern verfolgt, gepeinigt, gesteinigt und gekreuzigt wurden. Leider standen den Besitzenden Arbeiterbürger zur Seite, die sich nicht loszulösen vermochten von den Einflüssen veralteter Erziehungsfragen, die die Besitzenden zur Dummhaltung der Masse der Arbeitenden aufgestellt hatten. Hätten die arbeitenden Klassen zu Christi Zeit, die Abhängigen und Hörigen, eingeschlossen die römischen Landsknechte, den tieferen Sinn der Idee Christi begriffen, sie hätten Christi nicht gekreuzigt, hätten ihm, dem großen Revolutionär aller seitherigen religiösen Begriffe (religiös im Sinne von Ethik, Sitte!), Hosianna zugerufen und hätten die Wechsler, die militärischen und klerikalen Gewalthaber und Kaiphasse und Pilatusse, an Christi Statt neben den Schächern Titus und Damacnus an das Antoniuskreuz geschlagen.

Da aber der „Unverstand der Massen“ schon zu Christi Zeit der schlimmste Feind jeglichen Aufschwungs war, wandten sich die hörigen Landsknechte nicht gegen ihre eigenen Feinde, die Gewalthaber, sondern gegen den, der sie aus ihrer Hörigkeit befreien, aus der Tiefe der Höhe zuführen wollte.

Das ist die Pfingsttragik aller Zeiten und Völker, daß den Gedankenlosen und Erdgebundenen die Apostel in fremden Zungen zu reden scheinen, dem Gedankenflug hoher, sittlicher Idee

nicht zu folgen vermag, um dann von den Aposteln zu sehen: „Diese Leute sind voll süßen Weines.“

Diese Phantasie- und Gedankenlosen merken nicht, daß eine verdummende Erziehung mit dem einzigen Ziele der Hörigkeit und der Ausbeutung des Strammstehens vor alten Götzenbildern, ihnen die Aufnahme anderer Lehren unmöglich macht. Veraltete Fabel- und Bibelsprüche (meist noch in bewußt falscher Auslegung zugunsten der Besitzenden) haben ihre Gehirnganglien für neuen Strom unempfindlich gemacht.

Das ist die symbolische Problematik der Pfingstfabel im zweiten Kapitel der Apostelgeschichte.

Lernen wir daraus, dann wird der wahre Pfingstgeist in unseren Herzen einziehen.

Wir werden die Pharisäer unserer Tage, die Prediger mit den Kriegsfanfaren in ihrer ganzen Zwi-spältigkeit erkennen lernen und ihnen gegenüberstellen den wahren Sinn des revolutionärsten Wortes aller Zeiten:

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“

Regiefehler des Reichskanzlers

gegenüber dem Ausserordentlichen Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich mit Recht gerügt, daß der Reichskanzler während seiner Redetournee zur Reichspräsidentenwahl nicht einen Journalisten allerersten Ranges mitgenommen hat, der, statt der trockenen und farblosen Berichte der Kanzlerreden und Versammlungsberichte lebendige Stimmungsbilder verfaßt hätte. „Das Ganze“ — so stellt die „Frankfurter Zeitung“ fest — „verrät einen solchen Mangel an Talent für demokratische Technik, wie er den Gegnern aller Demokratie niemals unterlaufen wäre.“

Leider gehören solche Regiefehler nicht zu den Seltenheiten, die aber im Interesse der Entwicklung und Festigung des demokratischen Volksstaates endlich vermieden werden müssen.

Noch schlimmer als dieses Versäumnis des Reichskanzlers ist die Außerachtlassung großer Gelegenheiten, die enge Verbundenheit der Reichsregierung mit den breiten Volksmassen darzutun, um so zu werben für das Verständnis der Politik der Reichsregierung. Die seit 1918 amtierenden Reichskanzler haben nie die Gelegenheit benutzt, auf den großen Tagungen des Reichsbundes der Kriegbeschädigten oder des Reichsbanners teilzunehmen. Die Staatsmänner in Frankreich, England, Italien, Polen, Amerika und Belgien suchen dazu die Gelegenheit.

Es gehört doch zum Wesen der Demokratie und des Volksstaates, daß die Minister, Parlamentarier und Behördenvertreter nur jede irgendwie gebotene Gelegenheit benutzen, um mit dem Volk in engste Fühlung zu kommen. Statt dessen untergraben manche deutschen Minister durch mehr oder minder kühl gehaltene Begrüßungsschreiben, in denen sie ihr Nichterscheinen mit einigen wohlklingenden Redefloskeln zu entschuldigen suchen, geradezu die Liebe zur Republik und die Achtung vor ihren Repräsentanten.

So muß es auch als eine Nichtachtung sondergleichen aufgefaßt werden, wenn der Reichskanzler Dr. Brüning — trotz zugegebener dringender Dienstgeschäfte — nicht einmal 10 bis 15 Minuten Zeit findet, um auf dem seit 22 Jahren zum erstenmal wieder tagenden Ausserordentlichen Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu erscheinen. Welche glänzende Gelegenheit bot sich ihm, vor diesem Forum, hinter dem mehr als fünf Millionen arbeitender Menschen und mindestens 12 bis 15 Millionen wahlberechtigter Staatsbürger stehen, in großen Zügen die Aufgaben und Ziele der von ihm bestimmten Politik der Reichsregierung darzulegen!

Eine solche Rede hätte nicht nur in der Presse Deutschlands und der ganzen Welt, sondern erst recht in den annähernd 200 Gewerkschaftszeitungen,

deren Auflage etwa 8 bis 9 Millionen Exemplare erreicht, einen Resonanzboden gefunden, wie er kaum ein zweites Mal zu erreichen sein dürfte. Dieses Versäumnis ist um so mehr zu bedauern, als die Gewerkschaftszeitungen in der gegenwärtigen Notzeit für Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen arbeitsloser Volksgenossen, die einzige Lektüre darstellt und ihnen vielfach die Tageszeitung ersetzt.

Diese große Gelegenheit, zu den Massen zu sprechen, ihnen nahezukommen, der organisierten Arbeiterschaft als der Hüterin der Demokratie und des Staates Achtung, Dank und Verständnis zu bezeugen, hat der Reichskanzler ungenutzt vorübergehen lassen! Schlimmer noch als diese Nichtausnutzung der Gelegenheit, zu dem wertvollsten Kapital der deutschen Volkswirtschaft, zu den Vertretern der Arbeiterschaft zu reden, muß — politisch gesehen — das von den Vertretern der Gewerkschaften als Nichtachtung ihrer staatserhaltenden Tätigkeit empfundene Nichterscheinen des Reichskanzlers wirken. Es hat den Anschein, als müßten unsere deutschen Staatsmänner noch erst auf dem Instrument der Demokratie richtig spielen lernen. Hoffentlich lernen sie es, ehe es zu spät ist. Fast, scheint es, habe die deutsche Republik einen „Reichspropagandaleiter“ nötiger als einen Reichskunstwart.

Wochenschau

Hindenburgwahl gültig. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag erklärte am 3. Mai die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten für gültig. Die Anfechtungsbeschwerde der Nazis wurde abgelehnt mit der Begründung, selbst wenn sie im vollen Umfang berechtigt wäre, würde das Ergebnis infolge des großen Vorsprungs Hindenburgs nicht geändert.

Arbeitslosigkeit in Italien. Nach amtlichen Angaben stieg die Arbeitslosigkeit bis Ende Februar auf 1,15 Millionen gegen 765 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nur 300 000 Arbeitslose erhalten Unterstützung. Zu beachten ist dabei, daß Italien nur ein halbindustrialisiertes Land ist, und daß es als Siegerland Reparationen nicht zu zahlen braucht. In Italien gibt es keinen Marxismus, auf den die Schuld an der Arbeitslosigkeit geschoben werden kann. Wohl aber gibt es einen regierenden Faschismus, der ebensowenig in der Lage ist, Brot und Arbeit zu schaffen, wie der Hitlerfaschismus in Deutschland.

Hoffnungen der Schwerindustrie. Das reaktionärste Organ der Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die seit jeher der schärfste Gegner der Sozialversicherung ist, schreibt, der

Wahlausgang habe bewiesen, daß die Wähler in der sozialen Frage eine Aenderung wünschen. Ob der Arbeitslose, der seine Stimme für Hitler abgab, dies in der Hoffnung tat, damit seine Unterstützung zu beseitigen, erscheint sehr zweifelhaft. Die Schwerindustrie ist aber der Auffassung, daß dem so ist. Den Hitlerwählern werden die Augen noch übergehen.

Neue Notverordnungen. Zur Sicherung der Staatsautorität ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordnet worden, daß politische Verbände, die militärisch organisiert sind oder sich so betätigen, einschließlich ihrer Unterverbände verpflichtet sind, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre Satzungen vorzulegen. Dieser bestimmt, welche Aenderungen vorzunehmen sind. Werden die verlangten Aenderungen nicht vorgenommen, können diese Organisationen aufgelöst werden. Mit der zweiten Verordnung werden die kommunistischen Gottlosenorganisationen aufgelöst.

Strafanzeige gegen Hitler. Das Berliner Montagsblatt „Die Welt am Montag“ hat gegen Hitler Strafanzeige erstattet wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Die von dieser Zeitung erfolgte Veröffentlichung der bekannten Kaiserhofrechnung, wonach Hitler mit seinem Stabe für 10 Tage 4048 Mk. ausgegeben hat, veranlaßte Hitler, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben, in der gesagt wird, daß die veröffentlichte Rechnung gefälscht sei und daß die „Welt am Montag“ deshalb bereits verklagt worden wäre. Diese Versicherung ist falsch, weil die Zeitung noch nicht verklagt ist und die Rechnung tatsächlich in der angegebenen Höhe richtig ist.

Wahlen in Memel. Das im Jahre 1919 aus dem deutschen Staatsverband ausgeschiedene Memelgebiet ist Anlaß gewesen zu sehr ernsthaften Differenzen zwischen Deutschland und Litauen, die darauf zurückzuführen sind, weil Litauen die ihm übertragene Oberhoheit benutzt, um das Deutschtum zu unterdrücken. Die Neuwahl des Landtages sollte für Litauen die Bestätigung bringen, daß die Wähler des Memelgebietes mit den litauischen Maßnahmen einverstanden sind. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Wahlausfall verstärkt die bestehende deutschememelländische Mehrheit. Die litauischen Parteien haben nur geringe Zunahmen zu verzeichnen.

Wahlausfall schafft Arbeitslosigkeit. Der von Schweden vor der Wahl an eine Kieler Werft gegebene Auftrag zum Bau eines großen Walfängers, der für 500 Arbeiter 3 Monate Beschäftigung gebracht hätte, ist zurückgezogen worden. Zur Begründung teilt der Auftraggeber mit, daß das Ausland angesichts des Wahlausganges mit politischen Störungen rechne.

Gefrierfleischprozeß auch in der Berufung abgewiesen. Der von einigen Großhandelsorganisationen gegen das Reich angestregte Gefrierfleisch-Entscheidungsprozeß ist auch in der Berufungsinstanz zugunsten des Reiches entschieden worden. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

Kampfhandlungen in China eingestellt. Das Waffenstillstandsabkommen zwischen China und Japan ist unterzeichnet worden. Alle Kampfhandlungen wurden daraufhin sofort eingestellt.

Rückgang der Steuereingänge. Die Steuereinnahmen des Reiches im Steuerjahr 1931/32 belaufen sich auf 7787 Millionen Mark. Es sind dies 1400 Millionen Mark weniger als im vorhergehenden Steuerjahr. Obwohl durch verschiedene Notverordnungen einzelne Steuern erhöht worden sind, bleibt das Steueraufkommen noch um 385 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück.

Französischer Staatspräsident ermordet. Der im Vorjahr gewählte 75jährige Staatspräsident der französischen Republik, Doumer, ist am 6. Mai von einem russischen Faschisten durch fünf Revolvergeschüsse schwer verletzt worden. Wenige Stunden nach dem Attentat ist Doumer seinen Verletzungen erlegen.

Rücktritt der österreichischen Regierung. Der Wahlausgang in Oesterreich führte zur Forderung nach Auflösung des Nationalrates. Um dies zu verhindern ist die österreichische Regierung zurückgetreten.

Wirtschaftsminister Warmbold gegangen. Dem Rücktrittsgesuch des Wirtschaftsministers Warmbold ist stattgegeben worden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte ist der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium beauftragt worden. Warmbold ist nicht nur Gegner der Arbeitsbeschaffung, sondern auch der Arbeitsbeschaffungsanleihe gewesen.

Sanierung der Banken

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde vorige Woche vom Berichterstatter, Dr. Hilferding, bekanntgegeben, daß vom Reich den Banken zur Sanierung eine Gesamtsumme von 1115,7 Millionen Mark überwiesen wurde. Davon wurden verwendet 338,5 Millionen Mark für Aktienkauf, 307,2 Millionen Mark Leihgelder an die Banken, 185 Millionen Mark verlorene Zuschüsse und 285 Millionen Mark Bürgschaften.

Mit Recht wurde betont, das Reich und die Reichsbank müsse sich nunmehr entscheidenden Einfluß auf die Geschäftsführung in den Banken sichern. Wiederholungen früherer Vorgänge müssen unbedingt verhindert werden. Der Berichterstatter betonte außerdem, vom Reich wurden für die Banken außerordentlich große Opfer gebracht. Dadurch konnte den Aktionären ein Drittel ihres Eigentums, obwohl bereits das Aktienkapital verloren war, gerettet werden. Es müssen daher auf das schärfste die in letzter Zeit von Leitern dieser Banken gegen das Reich unternommenen Vorwürfe bekämpft werden.

Zu diesen interessanten Darlegungen erklärte noch der Reichsfinanzminister, daß von den hohen, den Banken überwiesenen Beträgen 330 Millionen Reichsmark effektiver Verlust bei den Bank-sanierungen sind, auch werde das Reich bei seiner Bürgschaft vielleicht noch 15 Millionen Reichsmark verlieren. Die deutschen Steuerzahler haben somit das Vergnügen, daß sie mit dieser hohen Summe den Banken helfend beigestanden haben, um zum Teil das Aktienkapital zu retten, und dafür ernten sie den Dank, daß von den Führern dieser Banken alle reaktionären Bestrebungen gegen die Regierung unterstützt werden. Wohl ist richtig, durch die Bankensanierung wurde manches industrielle Unternehmen vor dem Zusammenbruch gerettet. Dennoch muß erneut vom Reich gefordert werden, endlich auch Gelder flüssig zu machen zur Beseitigung der himmelschreienden Not bei Millionen von arbeitslosen Menschen. Hierzu müssen Gelder vorhanden sein, wenn endlich der Wirtschaftskrise mit Erfolg begegnet werden soll.

Abgebaute

Konkurrenz-Vereinbarungen

Brauereien in Rheinland-Westfalen lösen Bindungen.

Die bisher mühsam verborgenen Differenzen innerhalb der Brauereiorganisation in Rheinland-Westfalen sind durch die Nichterneuerung des am 31. März abgelaufenen Kundenschutzvertrages auch der Öffentlichkeit bekannt geworden. In der „Vossischen Zeitung“ ist darüber folgender Bericht zu finden:

„Die schwere Wirtschaftsdepression mit ihren nachteiligen Folgen für die Konsumkraft, die sich im Brauereigewerbe besonders stark fühlbar gemacht haben, rüttelt auch an dem Gefüge der verbandsmäßigen Organisation. Vereinbarungen, die erst im vergangenen Jahre zwischen den rheinisch-westfälischen Brauereien und darüber hinaus in einem Gegenseitigkeitsvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft südwestdeutscher Brauereiverbände getroffen wurden und eine Ergänzung der Konventionsbestimmungen darstellten, bröckeln ab. Im August 1931 führten die rheinisch-westfälischen Brauereien grundsätzlich das Barzahlungssystem wieder ein und sicherten sich durch ein Sonderabkommen gegenseitig Kundenschutz zu. Dieses Abkommen, das wegen verschiedener noch ungeklärter Fragen zunächst kurzfristig bis zum 31. März d. J. gelten sollte, ist nicht erneuert worden.

Während man Ende des vorigen Jahres noch glaubte, den Vertrag der Brauereikonvention durch weitere Abmachungen auf lange Sicht sicherzustellen, nimmt die Entwicklung jetzt infolge der weiteren Verschlechterung einen entgegengesetzten Verlauf. Da die im April 1931 abgeschlossene und bis Ende 1932 laufende Brauereikonvention nur in großen Zügen die allgemeinen Geschäftsbedingungen regelt, ist mit dem 1. April die freie Konkurrenz wieder hergestellt.

Möglich ist, daß die Konzentrationsbewegung, die bis in das vergangene Jahr hinein symptomatisch für die Entwicklung im westdeutschen Braugewerbe war, dadurch neuen Anstoß erhält. Daß der Konkurrenzkampf sehr vorsichtig geführt werden wird, ist in Anbetracht der Struktur des Geschäftes anzunehmen, weil eine Erweiterung der Wirtekundschaft fast durchweg gleichbedeutend mit einer Ausdehnung des Risikos ist. Der noch bis Ende dieses Jahres gültige Konventionsvertrag enthält nämlich die Bestimmung, daß für den Fall der Gewinnung eines Brauereikunden durch eine andere Brauerei die Forderungen der früheren Lieferanten gesichert werden müssen.

Andererseits drücken die Generalunkosten, wie aus den Brauereiabschlüssen erhellt, auf die Rentabilität. Die Tendenz der Werke, durch Erweiterung des Kundenkreises zu einer besseren Ausnutzung der Kapazität zu gelangen, ist daher nur natürlich. Bei dieser Situation erhebt sich die Frage, ob die Konvention über den 31. Dezember hinaus verlängert werden wird. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zur Zeit zu undurchsichtig, um hierfür eine Prognose zu stellen. Berücksichtigt man aber, daß durch die Konventionsbestimmungen im Interesse aller Beteiligten die schlimmsten Auswüchse der Konkurrenz, so unter anderem in der Darlehensgewährung, der Anpachtung von Lokalen usw. beseitigt wurde, so erscheinen die Aussichten hierfür nicht ungünstig.“

Weltwirtschaft ohne Zollmauern

Forderungen der Weltwirtschaftskonferenz.

In der ersten Maiwoche tagte in Berlin eine durch private Initiative einberufene Weltwirtschaftskonferenz, deren Aufgabe es war zu bekunden, daß nicht das durch Zollmauern und andere Handelsbeschränkungen heute allgemein übliche Abschließen vom Weltmarkt die Weltwirtschaft aus der Krise herausführt, sondern eine Aenderung nur eintritt, wenn das System der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sowie des möglichst freien Handels zwischen den Nationen aufrechterhalten wird. Namhafte Wissenschaftler und Praktiker aus allen Ländern haben das Wort ergriffen und eingehend die Forderungen nach einer freien Weltwirtschaft begründet. Insbesondere wurden die aus politischer und wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit geborenen Autarkiebestrebungen als schädlich für die handelspolitischen Beziehungen der Nationen erkannt und abgelehnt.

In diesem Punkt sehr aufschlußreich war der Vortrag des Leiters des Instituts für Marktforschung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, der sich mit der Agrarautarkie auseinandersetzte. Er stellte fest, daß die Landwirtschaft, solange es zwischenstaatlichen Güteraustausch gäbe, bestrebt ist, die Einfuhr von Lebensmitteln zu unterbinden. Er ließ es dahingestellt, ob dies wirtschaftlich richtig sei und wies allein an Hand der landwirtschaftlichen Produktionstechnik in Deutschland nach, daß die Autarkie durchzuführen unmöglich sei. Bereits während und nach dem Kriege hat sich erwiesen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, das deutsche Volk ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Es ist auch heute nicht möglich, die in Deutschland zusätzlich benötigten Lebens- und Futtermittel zu beschaffen. Wollte man dies erreichen, dann müßte die Kartoffelanbaufläche um 1,5 Millionen Hektar und die Zuckerrübenanbaufläche um 500 000 Hektar vergrößert werden. Weiter müssen die Getreideanbauflächen um 1 Million Hektar vergrößert werden, um Futtermittel für die Eigenproduktion der jetzt aus dem Ausland eingeführten Eier anzubauen.

Eine weitere Ausdehnung der Anbaufläche für Futtermittel um 5 1/2 Millionen Hektar macht sich notwendig, wenn die Zahl der Kühe verdoppelt wird, was notwendig wäre, um die aus dem Ausland einzuführenden Molkereiprodukte zu ersetzen. Es gibt in Deutschland aber nur noch 10 Millionen Hektar Boden, der landwirtschaftlich nutzbar ist. Meistens ist es solcher Boden, der geringe Erträge liefert, woraus sich zwingend eine starke Steigerung der dafür notwendigen Aufwendungen ergibt, wodurch die Produkte untragbar verteuert würden.

Allein aus diesen rein technischen Erwägungen heraus ist eine Agrarautarkie unmöglich, die vollends ein Unding ist, wenn unsere Industrie in den Bereich unserer Betrachtungen gezogen wird. Sie ist ohne Außenhandel nicht lebensfähig und würde zu Grunde gerichtet, wenn infolge der teuren inländischen Agrarpreise die Löhne so erhöht werden müßten, daß eine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt so gut wie ausgeschlossen ist.

Die Invalidenversicherung

im Jahre 1931

Dem soeben erschienenen Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1931 seien folgende interessante Zahlen und Angaben über die Invalidenversicherung im verflochtenen Jahre entnommen: Von den Landesversicherungsanstalten wurden im Berichtsjahre 423 583 Renten neu bewilligt. Weggefallen sind dagegen 437 479 Renten. Insgesamt wurden zu Beginn des Jahres 1932 folgende laufende Renten gezahlt:

2 285 923	Invalidenrenten,
18 483	Krankenrenten,
40 239	Altersrenten,
651 776	Witwen-(Witwer-)Renten,
2 115	Witwenkrankenrenten,
545 637	Waisenrenten.

Im ganzen betrug die Zahl aller laufenden Renten 3 544 173. Die Gesamtleistungen des Versicherungszweiges betragen etwa 1441 Millionen Mark. Hier von entfallen etwa 1344 Millionen Mark auf Rentenleistungen.

Katastrophal gesunken ist die Einnahme der Beiträge. In dem Bericht heißt es hierüber: „Die gesamten Beitragseinnahmen im Jahre 1931 können mit rund 819 Millionen Mark angenommen werden, eine Summe, die um 167 Millionen Mark unter der Beitragseinnahme des Jahres 1930 und um 273 Millionen Mark unter derjenigen des Jahres 1929 liegt.“ Hier macht sich in nicht zu verkennender Weise nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch der Lohnabbau bemerkbar. Das gesamte Vermögen der Invalidenversicherung wird mit Ende des Jahres 1931 auf 1440 Millionen Mark geschätzt. Zu bemerken ist, daß dieses Vermögen fast vollständig fest angelegt ist. Die Versicherungsträger können also nicht ohne weiteres frei darüber verfügen.

In Heilfürsorge wurden im Jahre 1930 insgesamt 497 262 Personen genommen. Eine „ordentliche abgeschlossene Heilbehandlung“ erhielten

440 464 Personen. Die Gesamtausgaben für die Durchführung der Heilfürsorge belaufen sich auf 126 527 566 Mk. Im Reichsdurchschnitt entfallen auf 100 Vollversicherte, die mit 13,5 Millionen angenommen werden, 3,76 Heilbehandlungen. Anträge auf Heilbehandlung gingen 694 000 ein. Groß sind weiter die Ausgaben der Invalidenversicherung im Rahmen der allgemeinen Gesundheitspflege. So wurden zur Bekämpfung der Tuberkulose (ohne die einzelnen Heilverfahren) 13,4 Millionen Mark ausgegeben. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erforderte 2,1 Millionen Mark. Für andere Volksseuchen (Krebs, Alkoholmißbrauch usw.) wurden ebenfalls nicht unbedeutende Mittel aufgewendet. An sonstigen Ausgaben seien noch erwähnt Aufwendungen für Fürsorge für Kinder und Jugendliche, für Nichtversicherte, für Waisen usw. Bemerkenswert sei weiter, daß allein 277 Beratungsstellen für Geschlechtskranke unterhalten worden sind. In diesen wurden insgesamt 347 000 (im Vorjahre 298 000) Beratungen erteilt. Festgestellt wurden dabei 86 737 Personen, die an einer Geschlechtskrankheit leiden.

Die Versicherungsanstalten haben ihr Vermögen meist gemeinnützig angelegt. Zur Linderung der Wohnungsnot wurden 1930 insgesamt 111,1 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Seit 1925 sind für diesen Zweck 595,6 Millionen Mark angelegt worden. Daneben unterstützte die Invalidenversicherung noch indirekt den Wohnungsbau durch Kauf von Pfandbriefen usw. Zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen wurden 1930 neu 67,2 Millionen Mark aufgewandt. Seit 1925 sind für den gleichen Zweck 368 Millionen Mark bewilligt worden. Auch sonst sind noch große Summen für allgemeine gesundheitsfürsorgliche Zwecke bewilligt worden. Im ganzen sind dies rund 20,3 Millionen Mark. Der Bericht schreibt hierzu: „In diesem Betrag sind 90 650 Mk. enthalten, die zum besten der notleidenden Landwirtschaft dienen.“ Diese Bemerkung und die Ausgabe der Gelder für solche Zwecke muß merkwürdig berühren. Seit wann sind die Steuergrößen der Invalidenversicherung da, der „notleidenden Landwirtschaft“ zu helfen? Es ist erstaunlich, bei was für Anstalten und Einrichtungen die Landwirtschaft überall Mittel und Gaben flüssig macht. Es ist dringend zu erwarten, daß über die Verwendung dieser Gelder noch nähere Aufklärung gegeben wird.

Betrachten wir diese Zahlen, so ist zu erkennen, welche Millionen die Invalidenversicherung zur Hebung der Volksgesundheit ausgegeben hat. Mit Recht wird behauptet, daß die Invalidenversicherung in Gemeinschaft mit den Krankenkassen die einzige Einrichtung ist, die nicht nur mit dem Mund, sondern auch in Wirklichkeit versucht, die Volksgesundheit zu halten und zu verbessern. Um so trauriger ist es, daß heute die Landesversicherungsanstalten infolge des katastrophalen Beitragsrückganges gezwungen sind, alle freiwilligen Leistungen (also alle diese Maßnahmen) einzustellen. Die Beitragseinnahmen reichen nicht einmal mehr aus, um die Pflichtausgaben an Renten zu bestreiten. Die jahrelange Arbeit der Versicherung wird durch diese Einstellung, an der die Versicherung selbst vollkommen schuldlos ist, illusorisch gemacht. Es ist höchste Zeit, daß sich das Reich der Dinge annimmt und hier helfend eingreift. Dies ist sicher wichtiger und auch vornehmer, als immer wieder in Pleite geratene Industrieunternehmungen, die meist an ihrem Unglück durch falsche Expansionen und Spekulationen selbst schuld sind, zu sanieren. Geht lieber die hierfür aufgewendeten und noch aufzuwendenden Millionen der Invalidenversicherung. Hier kommen die Summen wirklich und allein dem Volke in seiner Gesamtheit zu. Kl—s.

Eine vorbildliche Lehrwerkstatt

Die Vielgestaltigkeit und die Umwälzungen in unserem Wirtschaftsleben haben auch nicht vor der Berufsausbildung unseres Nachwuchses haltgemacht. Da unserem Nachwuchs ein wesentlicher Teil beim Aufbau unseres Wirtschafts- und Staatslebens zufällt, erscheint eine allgemeine geregelte und geordnete Berufsausbildung und Erziehung unbedingt erforderlich. Eine Erziehungseinrichtung weittragender Bedeutung bilden Lehrwerkstätten. Hierunter sind Einrichtungen zu verstehen, die in wohl ausgestatteten Werkräumen junge Leute durch besonders gut vorgebildete Lehrmeister systematisch in allen in ihr Fach einschlagenden Arbeiten theoretisch und praktisch unterweisen.

Angesichts der mangelnden Lehrlingsausbildung in der Bauindustrie und im Baugewerbe überhaupt hat der „Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband für Deutschland, E. V., Gruppe Rheinland und Westfalen“ in Essen eine Lehrwerkstätte errichtet. Sie wird kurz „Lewa“ genannt.

Diese Ausbildungsstätte bildet einen Massivbau mit Betongewölbe. Die Anlage ist eingeschossig, da nur ein Lehrraum benötigt ist, der wegen seines Größenmaßes als mustergültig anzusehen ist. Auf gute Breiten- und Höhenverhältnisse, auf eine schickliche Verteilung der Fenster und Türen, auf eine entsprechende Gestaltung des Daches ist großer Wert gelegt worden. Die Ausstattung des Unterrichtszimmers läßt nichts zu wünschen übrig. Lehrmittelzimmer, Lehrzimmer, Schlaf- und

Speiseräume und Dienstwohnung haben dem Ganzen bei geschicktester Planbildung ein vorbildliches Gepräge gegeben. Da drei Hauptgruppen von Lehrlingen ausgebildet werden, sind zweckentsprechend Arbeitsräume für Maurer, Eisenbetonbauer und Baubetriebsschlosser geschaffen worden. Aufgabe der Lehrwerkstätte ist:

1. Die Einstellung der Lehrlinge auf ihre berufliche Eignung hin zu prüfen.
2. Ihre Einzelausbildung zu leiten und zu fördern.
3. Die gesamte Ausbildung aller Lehrlinge der Firmen dauernd zu überwachen.

40 Jahre Treue zum Verband



Johannes Dierks
Böttcher, Lauenburg/Elbe
Eingetreten 1. 5. 1886

Wilhelm Wirthgen
Böttcher, Schönbeck
Eingetreten 6. 8. 1886

Lüder Buck
Böttcher, Bremen
Eingetreten 1. 10. 1886



Hermann Eggers
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 10. 1. 1886

Friedr. Kühnel
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 17. 1. 1886

Karl Schulz
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 1. 2. 1886

Die Berufserziehung der Lehrwerkstatt beginnt schon mit der Auswahl der den Bauberufen entsprechenden Neigungen und Anlagen. Mindestens zwei Monate vor der Entlassung aus der Volksschule sollen sich die Bewerber um Lehrstellen bei der Lehrfirma melden. Genügen die Jungen den geistigen und körperlichen Ansprüchen, erfolgt ihre endgültige Einstellung, aber erst nach Ablegung einer zufriedenen mündlichen und schriftlichen Aufnahmeprüfung. Dadurch sollen die Vorbereitungen für eine erfolgreiche Berufsentwicklung gesichert werden. Die Probezeit beträgt zwei Monate. Während dieser Zeit wird für jeden Lehrling auf Grund seines Fleißes, Betragens und seiner Leistungen eine Leistungskurve angelegt, aus der sich der Lehrherr am Ende seiner Probezeit ein Urteil bilden kann. Die Ausbildung in dieser Hinsicht liegt in den Händen eines tüchtigen Lehrmeisters. Auch ist es seine Pflicht, die Baustellen, auf denen Lehrlinge der „Lewa“ beschäftigt sind, zu besuchen, um sich davon zu überzeugen, daß seine Lehrlinge richtig angesetzt sind.

Für jeden Lehrling sind 18 Anlernwochen im ersten Jahre in der „Lewa“ vorgesehen, die auf 8 Wochen im Frühjahr und 10 Wochen im Winter verteilt sind. Die Ausbildung in der „Lewa“ macht allerdings die Berufsschule nicht überflüssig. Mit der Stadtverwaltung in Essen ist ein Abkommen getroffen, wonach die Schüler an einem Tage in der Woche von einem Berufsschullehrer allgemeinen wissenschaftlichen und Fachunterricht erhalten. Ein

Die Tarifverträge müssen ausgebaut werden!

Am 14. Mai
ist der 21. Wochenbeitrag fällig

Zusammenarbeiten zwischen Berufsschule und Lehrwerkstatt bleibt so gesichert.

Während der praktischen Ausbildung wird der Lehrling einem zuverlässigen Meister oder Polier übergeben, der die besondere Pflicht hat, mit Unterstützung des betreffenden Bauführers die Ausbildung durchzuführen. An Regentagen hat der Meister bzw. sein Polier dem Lehrling die Bauzeichnungen zu erklären und ihn mit der Aufstellung der Lohnlisten vertraut zu machen. Zu Botengängen, Kaffeekochen, Reinigungsarbeiten usw. auf der Baustelle sollen die Lehrlinge keine Verwendung finden. Hierfür sollen Arbeitsjungen und Hilfsarbeiter eingestellt werden. Besonders weit wohnenden Schülern ist im Ausbildungsgebäude Gelegenheit zum Schlafen gegeben. Alle Lehrlinge versammeln sich mittags zum gemeinsamen kräftigen und reichhaltigen Essen.

Die verantwortliche Betreuung des Lehrlings, vor allem auch die gesamte Entlohnung ist Sache der Lehrfirma, auch für die Zeit des Aufenthalts in der Lehrwerkstätte. An dem innigen Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling soll nicht das geringste geändert, es soll vielmehr tatkräftig von allen Beteiligten gefördert werden.

Nicht nur die praktische und theoretische Ausbildung, sondern auch die Freizeit des Lehrlings übt einen großen Einfluß auf Beruf und Berufsausbildung aus. Vergiftende Einflüsse fernzuhalten, d. h. die Freizeit nach Möglichkeit zu beherrschen, hat sich ebenfalls die „Lewa“ angelegen sein lassen. Spiel, Turnen, Sport und Wanderungen gehören zum Programm der Lehrwerkstatt.

Gewerkschaften, stärkste Stütze des Staates

In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ Nr. 29 finden wir eine eingehende Behandlung des Problems Arbeitsbeschaffung. Im Zusammenhang damit kommt der Artikelschreiber auf die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Staatsleben zu sprechen:

„Man kann sich den Druck, der auf den Gewerkschaften lastet, überhaupt nicht schwer genug vorstellen. Noch reicht ihre Organisationskraft dazu aus, auch den größten Teil ihrer Arbeitslosenmitglieder festzuhalten. Aber von Woche zu Woche kehren sich die Instinkte verzweifelter Menschen immer mehr gegen die Mahnungen zur Vernunft, die sie von Führern und Funktionären hören. Immer lauter wird der Ruf: „Ihr müßt um jeden Preis etwas für uns tun!“ Es ist nicht nur ein Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie in diesem Meer von Not und Elend ihren Bau erhalten können. Ohne die Gewerkschaften würde der Wille zum Chaos heute in den Massen der Industriebevölkerung die überwältigende Mehrzahl der Köpfe und Herzen beherrschen, und keine Vernunft käme dagegen auf. Die Gewerkschaften sind Stützen nicht nur der staatlichen, sondern der menschlichen Ordnung im modernen Industriestaat, und sie haben Anspruch darauf, daß man ihnen hilft, sich zu behaupten... Materiell ist ungeheuer viel geschehen. Die Durchhaltung des Unterstützungswesens in der Zeit der Krise mit allen Abstrichen, die es erlitten hat, ist eine Großtat, für die heute noch der Maßstab fehlt. Aber es ist nicht immer alles geschehen, um zu beweisen und zu unterstreichen, daß die leitenden Staatsorgane die große, schwere, entsetzliche Not, die trotz aller Hilfe besteht, als Sorge und Aufgabe jedes einzelnen Tages empfinden. Leipart hatte nicht so unrecht, wenn er darüber klagte, daß sich bei Regierung und Öffentlichkeit eine Abstumpfung gegen die Arbeitslosigkeit geltend mache.“

Die großen Sorgen der Gewerkschaften an der Gegenwart gehen in der Tat nicht sie allein an. Sie verlangen nicht nach finanzieller Unterstützung, sondern nach Arbeit für ihre Mitglieder. Die Gewerkschaften sind heute die stärkste Stütze des Staates und haben ein Recht darauf zu erwarten, daß ihre Vorschläge beachtet werden.

Ein Wort zur Einigkeit

Nur Einigkeit bringt uns vorwärts, die Zeit ist für jeden schlimm geworden, auch jetzt besonders für uns Konditorgehilfen. Wieviel tüchtige junge und ältere Konditorgehilfen liegen heute auf der Straße, wieviel sind nur halb beschäftigt und fast alle sind auf die 40-Stunden-Woche gekommen: Gehaltsabzug ist überall eingetreten. Der Lohn, der an und für sich nicht hoch ist, zwingt zu immer weiteren Einschränkungen und zu immer genauerer Rechnung der persönlichen Wirtschaftsführung. Selbst wer nicht den prozentualen Lohnabzug durch die 40-Stunden-Woche in Kauf nehmen muß, ist von der allgemeinen Gehaltskürzung betroffen worden. Es ist deshalb erklärlich, daß in manchen Großbetrieben, wo die Kollegen unsere „Einigkeit“ lesen, mehr als je Interessenten sich einfinden, um die Neuigkeiten ihrer Wirtschaftslage zu erfahren, trotzdem sie leider noch nicht der Organisation angeschlossen sind. Man hört schon, daß viele die Tageszeitung abbestellen müssen, da sich diese doch immerhin kleine Ausgabe in ihren Haushaltsrechnungen fühlbar macht.

Wohl verstehe ich dieses bei Familienväter in

andere, d. h. nicht zu unserem Verbandsgehörende Berufe 11,9 Proz. Mühlenarbeiter sind überhaupt nicht vertreten.

Unsere Verbandsgesangvereine gehören dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund an. Es liegt deshalb für unsere Verbandskollegen kein Grund vor, nicht unseren Verbandsgesangvereinen beizutreten. Auf der anderen Seite steht es aber auch fest, daß viele organisierte Kollegen noch bürgerlichen Gesangvereinen angehören. In der Zeit des wirtschaftlichen Klassenkampfes dürfte das nicht mehr möglich sein. Für unsere Verbandsgesangvereine ergibt sich aus der Statistik, daß sie noch ein großes Feld unter den verschiedenen Berufsgruppen unseres Verbandes zu bearbeiten haben.

Nachstehend die Übungslokale und Übungszeiten unserer Vereine:

Berlin.

Verbandsgesangverein „Morgengrauen“, Männerchor. Übungsstunde: Gesangsraum des Königstädtischen Gymnasiums, Elisabethstraße 57, Dienstags von 17 bis 19 Uhr.

Bielefeld.

Gemischter Chor „Denag“. Übungsstunde: Konsum-ecke, Mittwochs von 19½ bis 21½ Uhr.

Dresden.

„Männergesangverein der Bäcker.“ Übungsstunde: Brandenburger Hof, Ecke Peter- und Berliner Str., Sonnabends von 20 bis 22 Uhr.

Frankfurt a. M.

Volkshor „Vorwärts“, Gemischter Chor. Übungsstunde: Deutschherrn-Mittelschule (Singsaal), Dienstags von 20 bis 22 Uhr.

Hannover.

Verbandsliedertafel „Concordia“, Männerchor. Übungsstunde: Heinhölzerstraße 20, Montags von 20 bis 22 Uhr.

Kiel.

„Holsatia“, Gemischter Chor. Übungsstunde: Gewerkschaftshaus, Dienstags von 20 bis 22 Uhr.

Leipzig.

Sängerchor „Einigkeit“, Gemischter Chor. Übungsstunde: Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Freitags von 20 bis 22 Uhr.

Lübeck.

„Gesangverein der Nahrungsmittel und Getränkearbeiter“, Männerchor. Übungsstunde: Geerds Restaurant, Untertrawe 103, Mittwochs von 21 bis 23 Uhr.

Hugo Nitzsche, Obmann,
Berlin-Blankenburg, Sängeweg 1.

Unternehmergehirn in Tätigkeit

Aus den Lehren der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ergibt sich für jeden denkenden Menschen, vieles als richtig zu erkennen, was von den freien Gewerkschaften gegen die kapitalistische Wirtschaftsform behauptet und kritisiert wurde. Wenn nun aber durch diese Erkenntnis in den Reihen der Kapitalisten keine dementsprechenden Schlußfolgerungen entstehen, so deshalb, weil die hier zwin-

Sehr verschieden ist in den einzelnen Ländern die Vermehrung der Volkszahl; in den Kulturländern ist seit Jahrzehnten ein Rückgang der Geburten- und der Sterbeziffern festzustellen. Den schwächsten Geburtenüberschuß haben die romanischen, den stärksten die slawischen Nationen, während die germanischen Völker in der Mitte stehen. Europas Bevölkerung hat sich in den letzten 100 Jahren um das 2½fache vermehrt, und in den Vereinigten Staaten stieg die Einwohnerzahl von 5,3 Mill. im Jahre 1800 auf 122,8 Mill. 1930; diese beispiellose Volksvermehrung ist aber zum überwiegenden Teil auf die Einwanderung zurückzuführen. In den wichtigsten Ländern der Erde war, wie unsere Bildstatistik zeigt, das Bevölkerungswachstum durchaus verschieden stark — nur Ungarn und Oesterreich hatten infolge ihrer großen Gebietsverluste einen empfindlichen Rückgang der Einwohnerzahl. In der Tabelle nicht



enthalten sind China, dessen Einwohnerzahl 1930 auf 474 Mill. geschätzt wurde (Europa: 494 Mill.) und Britisch-Indien, dessen Bevölkerung 1870 206,1 Mill. und 1930 351 Mill. zählte.

gende Logik im Widerspruch zu ihren Interessen steht. So erklärt sich der dauernde Versuch, die Lasten der Krise der Arbeiterschaft aufzubürden.

Nicht durch die Erkenntnis, sondern durch den Umfang ihrer Machtverhältnisse sind die Kapitalisten in der Lage, das Allheilmittel „Lohnabbau“ durchzuführen. Doch der wirtschaftliche Erfolg blieb aus. Die Arbeiterschaft weiß, daß das nicht anders sein kann. Diese in den Abgrund treibende engstirnige Lohnpolitik der Industriellen wird von weitblickenden Kapitalisten widerlegt und verworfen. Henry Ford in Detroit, ein Verteidiger des kapitalistischen Systems, glaubt durch Anpassung in der Verteilung des Wirtschaftsertrages an die Erhaltung des Kapitalismus. Damit hat er vor allen Dingen die bornierte Einstellung des deutschen Unternehmertums, den Lohn nur als Unkostenfaktor zu betrachten, durchbrochen. Er erkennt den Lohn volkswirtschaftlich, sieht ihn dementsprechend auch als Faktor der Kaufkraft, d. h., ohne genügend hohen Lohn kann sich keine Wirtschaft entwickeln. Nach ihm ist die Basis eines gesunden Wirtschaftslebens hoher Lohn; denn dadurch sei der großen Masse die Möglichkeit gegeben, Geld vernünftig auszugeben. Daraus entstehe eine Steigerung der Kaufkraft und eine Wiederbelebung wichtiger Industriezweige. Den deutschen Industriellen wird hier, außer der sozialistischen Kritik, von ihren mit Menschenverstand begabten amerikanischen Kollegen der Wahn ihrer Lohnpolitik vor Augen geführt.

Man müßte annehmen, daß unter diesen Umständen unsere Wirtschaftsführer zu den notwendigen Schlußfolgerungen kämen. Statt dessen versuchen sie ihr „Allheilmittel“ weiter durchzuführen und spinnen neue Auswege aus der Krise, durch die sie aber noch tiefer in den Strudel gerissen werden.

Nun fordern diese Wirtschafts„führer“, die die Vernichtung des Staates erstreben, Subventionen aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung. Es ist wohl nicht schwer, zu erfassen, in welcher Form die Arbeiterschaft behandelt würde, wenn aus diesen Kreisen eine neue Regierung zustande käme. Die Gedankenlosigkeit großer Volksschichten ist zu einer Gefahr geworden, die bei voller Auswirkung den Nachläufern der Illusionsparteien am ersten die Augen öffnen wird. E. V.

Wie der amerikanische Arbeiter lebt

Die Gewerkschaften zur Lage.

Die „American Federation of Labor“, der amerikanische Gewerkschaftsbund, schätzt in seinen Berichten die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 6 500 000. Als Grund der auch in Amerika enormen Arbeitslosigkeit wird weniger die allgemeine Wirtschaftsdpression oder die Erschütterung der finanziellen Struktur angegeben als vielmehr die seit Jahrzehnten bestehende lange Arbeitszeit. Sie stehe in keinem Zusammenhang mehr mit der rapiden technischen Entwicklung. Die mangelnde Einsicht des Unternehmertums lasse Wirtschaftskonflikte von unerhörtem Ausmaße heraufziehen. Obwohl feststehe, daß mit Einführung der 30- oder 35stündigen Arbeitswoche der Krebschaden der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit keineswegs behoben werden könne, sei die Frage der Lohn- und Gehaltskürzungen weitaus wichtiger.

Das heutige Einkommen der Arbeiterschaft ist um 32 Proz. geringer als 1929! Dadurch wurde der amerikanischen Wirtschaft und dem Massenverbrauch die ungeheure Summe von 11 Milliarden

Die spanische Republikfeier

Madrid flaggt. Madrid feiert. Und mit ihm ganz Spanien. Ein Jahr ist es her, seitdem die unblutige Revolution Spanien von seinem verhassten Monarchen befreite. Und was das Land auch noch erleben möge, der vertriebene König wird nie mehr zurückkehren können. Das allein genügt, um die Stimmung in ganz Spanien an diesem ersten Republiktag außerordentlich gehoben erscheinen zu lassen. Gewiß ist vieles noch nicht so, wie es sein sollte und wie man es im Enthusiasmus des 14. April 1931 erhofft hatte. Man weiß auch im Volke genau, daß die Republik nicht die Heilung aller Leiden gebracht hat. Trotzdem — und in den Straßen von Madrid spürte man es deutlich — das Volk fühlt sich jetzt als Herrscher in diesem Lande, das es sich durch die Gemeindevahlen am 12. April 1931 erobert hat.

Eine Woche lang dauern die Feste der Republik, und das Volk strömt durch die Straßen von Madrid, erregt, feierlich und vor allen Dingen heiter. Die große, großzügig angelegte Stadt mit ihren imponierenden Hochhäusern hat das feierlichste Kleid angezogen. Flaggen wehen, Teppiche hängen von den Balkonen der Häuser herab, und selbst die Kontaktstangen der Straßenbahn sind geschmückt. Abends ist die ganze Stadt illuminiert, und die Hochhäuser mit der phantastischen Beleuchtung der obersten Stockwerke geben dem Ganzen eine besondere Note. An allen Ecken und Enden erschallt Musik; Raketen steigen zum Himmel; es wird getanzt und gesungen. Den ganzen Tag lang, besonders am Sonntag und dem eigentlichen Republiktag, der als Feiertag gilt, strömt die Menge in die öffentlichen Gärten und Anlagen, in die Theater und Konzerträume, die Gratisvorstellungen geben. Es ist ein Gewühl in den Straßen, daß der einzelne sich nicht aus der Menge

winden kann; er verliert sich in ihr, wird von ihr aufgesogen. Die Straßen der Stadt gehören in diesen Tagen der Menge. Für sie ist das Programm der Festlichkeit entworfen, ihrem Geschmack ist Rechnung getragen worden, ihre Schau- und Sensationslust soll befriedigt werden. Sport- und Flugfeste, öffentliche Tanzaufführungen und Kinderfeste und vor allen Dingen ein pompöser Aufmarsch des Militärs in Galauniform ist ihr geboten worden. Und die Straßenmenge applaudiert bei Stierkämpfen, bei Nationaltänzen, applaudiert dem im offenen Wagen vorbeifahrenden Staatsoberhaupt Alcala Zamora, applaudiert sogar der gehassten Zivilgarde, die an diesem Tage in, besonders theatralisch wirkender Uniform erscheint. Eitel Glück und Freude scheinen an diesem Tage in Madrid zu herrschen, und diese Volksfreude ist auch von den wärmsten Sonnenstrahlen begünstigt.

Wer das Madrider Volk feiern sieht, dem offenbart sich sofort der Charakter der Kastilier, dieser lebenswürdigen, schaulustigen, harmlosen Menschen, die nicht sehr weitblickend sind, keinen ausgeprägten Sinn für Arbeit haben, gar kein Verständnis für Hast und Betrieb. Madrid ist eine Großstadt, deren Bewohner sich befeißigen, großstädtisch zu sein, aber trotz des Amerikanismus der Hochhäuser, trotz der ultramodernen Inpaen-architektur mancher Kaffeehäuser und Bars, trotz der viel freieren Sitten, die hier nach der Revolution herrschen, genügt es, das Beschauliche und Familiäre dieser Republikfeier zu beobachten, um zu begreifen, warum der König und die Kirche hier so lange haben herrschen können. Man ist auch in Spaniens Hauptstadt weit hinter der technischen, sozialen, politischen Entwicklung des Jahrhunderts zurückgeblieben, und das Volk, das so lange zu gehorchen wußte, macht jetzt die ersten selbständigen

Schritte. Dafür ist man aber auch noch nicht blasiert, noch nicht lebens- und kampfes müde. Durch die Wirrnis einer hereinbrechenden neuen Zeit sucht man seinen Weg. Und so zuversichtlich wie das Lächeln des Staatsoberhauptes ist das Lächeln der meisten Kastilier. „Gewiß ist noch nicht alles gut im Lande. Es fehlt an Arbeit und an Geld; es fehlt an Schulen; aber wir werden es schon schaffen“, sagt fast jeder, mit dem man hier spricht, wenn auch jeder dieses „wir“ anders versteht. Und sie halten Versammlungen ab, ereifern sich im politischen Streit, schwören auf die Sozialisten oder auf den „kommenden Mann“ Leroux, dem wohl Mussolini im Traume vorschwebt. Die am 13. April, dem Vortag der Republikfeier, aufgelegte Anleihe, die schnell überzeichnet war, täuscht vielen vor, daß die Peseta sich jetzt erholen wird, trotzdem die Spanier ja noch aus der Zeit der Diktatur den Mechanismus solcher Anleihen kennen sollten. Aber die Spanier neigen nun einmal zum Optimismus. Sie wollen sich täuschen, denn das, was sie hauptsächlich wünschen, ist ein gutes Leben ohne viel Anstrengung und Arbeit. Sie hassen beinahe die Anstrengung, das Methodische, das allzu Zielbewußte. Und sie lieben die Feste, genießen sie laut und lärmend, nehmen an ihnen teil mit Frau und Kind und jeglichem Anhang. Keine noch so geschickte politische Propaganda könnte für die Republik so wirkungsvoll werben wie die gelungenen Volksfeste. So war es ein Staatsgedanke von Bedeutung, die Republikfeier eine ganze Woche dauern zu lassen. Auch die andern spanischen Städte feiern gleichermaßen die Republik. Ueberall gab es einen Vorbeimarsch des Militärs, überall viel Musik und viel Illumination und sportliche Spiele, Stierkämpfe und Kinderfeste. Und überall wurden

Dollar entzogen, was sich rückgängig im Beschäftigungsgrad auswirken muß. Auch dem amerikanischen Arbeiter wurde der Lohnabbau mit einem Preisabbau schmackhaft zu machen versucht, der bisher 12 Proz. beträgt, während sich noch immer für die Arbeiterschaft ein Nettoverlust von 30 Proz. oder etwa 8 Milliarden ergibt. Die Folgen der Wirtschafts-anarchie lassen sich erst dann wieder gutmachen, wenn durch Erhöhung der Löhne der Wirtschaft neues Blut eingepumpt wird. Die Arbeiterschaft ist sich aber bewußt, daß gegenwärtig nicht an die Erfüllung ihrer Forderung zu denken ist. Die amerikanische Wirtschaft gerate von Tag zu Tag tiefer in den Wirbel des Lohn- und Gehaltsabbaus hinein, so daß das Wirtschaftselend am Ende nur noch größer wird als bisher.

Was hat aber die „American Federation of Labor“, die zweifellos mit dieser Feststellung auf dem richtigen Wege ist, getan, um eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen? Sie hat sich weder wirtschaftlich noch politisch und sozial zu einer Machtorganisation entwickelt, die in der Lage wäre, dem Unternehmertum und der Reaktion ein Paroli bieten zu können. Die amerikanische Arbeiterschaft marschiert noch heute mit den abbaulüsternten Unternehmern politisch in einer Linie. Dazu kommt, daß alle sozialpolitisch notwendigen Maßnahmen bekämpft werden. Liberale Fortschrittler und Sozialisten hatten bereits den Weg zur Einführung einer Alters- und Arbeitslosenversicherung geebnet, jedoch der Gewerkschaftskongreß in Vancouver verweigerte die Zustimmung zu diesen Forderungen. Eine gut fundierte Sozialgesetzgebung für die Arbeiterschaft ist aber unerlässlich. Soll die Sozialgesetzgebung dem Arbeiter von Nutzen sein, dann muß er durch aktive Mitarbeit versuchen sie zu seinen Gunsten zu gestalten.

Wucherpreise für Getreide

Es wird allerhöchste Zeit, daß die Regierung dem Riesenskandal, der sich in der letzten Zeit auf dem Getreidemarkt abspielte, ein Ende macht. Obwohl längst feststeht, daß die vorhandenen Vorräte an inländischem Brotgetreide nicht bis zur Ernte reichen, so weigert sich dennoch mit großer Hartnäckigkeit das Reichs ernährungsministerium, die Wucherzölle zu beseitigen. Dieser Zustand führt dazu, daß den Schiebern und Wucherern freier Spielraum gelassen wird. Diese Leute haben sofort aus der in der letzten Nummer der „Einigkeit“ besprochenen Verordnung über die Zollsenkung für ein Kontingent von 100 000 Tonnen Weizen ihre Nutzenwendungen gezogen und die Schraube beim Weizenpreis angedreht. Vom 27. April bis 4. Mai ist nach Berliner Notierungen die Tonne Inlandweizen von 268 Mk. auf 274 Mk. gestiegen. In wenigen Tagen um 6 Mk.

Es geht sogar das Gerücht auf der Börse um, daß der Weizenpreis auf 300 Mk. getrieben werden soll. Wird die Regierung diesem Zustand noch länger zusehen und kann sie es verantworten, daß in dieser schrecklichen Notzeit das Brot verteuert wird? Wenn der Reichs ernährungsminister nicht den Mut aufbringt, sofort einzugreifen, dann muß es von der Regierung geschehen. Sie muß endlich die Grenzen öffnen und den hungernden Millionen Menschen billiges Brot verschaffen.

zugleich Brot und Speisen an die Aermsten verteilt.

Man hatte wohl befürchtet, daß unzufriedene Elemente den 14. April benützen würden, um Aufstände zu organisieren. Aber man muß schon die Spanier verkennen, um so etwas zu vermuten, denn Feste feiern ist zu schön, als daß man sich von andern Leidenschaften ablenken ließe. Deshalb wurden nur in wenigen Ortschaften schüchterne Versuche zur Erregung von Unruhe gemacht, die sofort scheiterten. In Barcelona lebte sich allerdings die separatistische Bewegung aus, und man feierte dort nicht die spanische Republik, sondern die katalonische. Aber auch dabei kam es zu keinen Zwischenfällen, denn die Regierung war voll Nachsicht. Was macht es auch schließlich aus, wenn die katalonischen Frauen den Wagen ihres Abgottes, des Präsidenten Macia, umringten und seine Hände küßten! Schließlich kommt es doch nur darauf an, wie man das katalonische Statut zuschneidet.

Ein paar Tage lang spielen Orchester und steigen Feuerwerke. Dann verklingt das Republikfest langsam. Und mit der Rückkehr des Alltags werden auch alle schweren Probleme wieder offener, und wer keine Lösung sieht, der wird gegen die Republik losziehen, die er, von der Volksfreude angesteckt, wahrscheinlich mitgefiebert hatte. Er wird gegen die „Linksregierung“ losziehen, die zu milde oder zu streng ist, und wird sich nach Abhilfe rechts oder links umschauen. Die leitenden Männer der Republik wissen sehr wohl, daß trotz der in diesem ersten Jahre der Republik geleisteten Arbeit alles noch im Beginn und im Werden ist. Die Zukunft allein kann zeigen, ob sie der ihrer harrenden Aufgaben gewachsen waren. Sophie Kramstyk.

Mehl- und Brotpreise am 1. Mai

Starkes Ansteigen der Weizenpreise.

Während auf dem Weltgetreidemarkt seit längerer Zeit und wahrscheinlich auch weiterhin mit einer stetigen Preistendenz zu rechnen ist, waren am deutschen Brotgetreidemarkt auch im verflossenen Monat weitere Preissteigerungen insbesondere für Weizen zu verzeichnen. Die völlig ungenügende Zollsenkung für Weizen, über die bereits berichtet wurde, ist nicht geeignet, an diesem Zustande etwas zu ändern. Ebenso wurde grundsätzlich der Vermahlungszwang von 97 Proz. deutschen Weizens weiter aufrecht erhalten; dem Steigen der Preise werden also auch weiterhin Tor und Tür geöffnet. Die Roggenpreise hielten sich auf der bisherigen Höhe; die Nachfrage war äußerst zurückhaltend. Aber auch hier würden weitere Preissteigerungen nicht ausbleiben, wenn nicht die Abgabe und Verarbeitung des billigeren Russenroggens in Frage käme. Die Preisentwicklung gestaltete sich im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des April wie folgt:

	Ausland Weizen (Manitoba II)	Roggen Western II per Tonne, verzollt ab Hamburg	Inland Weizen ab märk. Stat. (Berliner Notierung per Tonne)	Roggen ab märk. Stat. (Berliner Notierung per Tonne)	Berliner Weizen- mehl per 100 kg	Roggen- mehl per 100 kg
2.—10.	332,50	230,—	259,—	200,—	34,75	27,75
11.—20.	335,—	229,50	262,—	199,—	35,25	27,60
2.—10.	332,50	230,—	259,—	200,—	34,75	27,75

Nach unserer monatlichen Statistik sind die Preise für Roggenmehl oder sogenanntes Bäcker-mehl ziemlich gleich geblieben. Der Durchschnittspreis für 1 dz Roggenmehl betrug am 1. April 31,20 Mk. und am 1. Mai 31,28 Mk. Der durchschnittliche Preis für 1 kg Roggenbrot (Mischbrot) stellte sich sowohl am 1. April als am 1. Mai auf 38 Pf. Wir verweisen auf nachstehende Tabelle mit dem Bemerkten, daß diesmal die Orte Königsberg i. Pr., Danzig, Hamburg, Mannheim, Kassel, Düsseldorf und Dortmund nicht berichtet haben.

Ort	Preis für 1 kg Roggenbrot (Mischbrot) Pf.		Preis für 1 dz Weizenmehl (Sem-mel) Pf.		Gewicht des Weizenbrotchens g
	1 dz Roggenmehl Mk.	1 kg Roggenbrot Pf.	1 dz Weizenmehl Mk.	1 dz Weizenmehl Pf.	
Breslau	30,25	36	37,—	4	66
Görlitz	30,—	32,5	38,—	2,5	35
Gleiwitz	29,20	31	33,30	5	65
Ratibor	30,50	33	33,50	5	75
Berlin	29,—	36	35,50	2,5	30
Bremen	31,50	41	42,75	2,5	28
Magdeburg	28,50	32	41,—	5	55
Hannover	30,50	34	40,—	2,5	29,5
Leipzig	33,50	34	38,—	4	50
Halle	31,—	36	40,—	3	36
Chemnitz	31,50	36	42,—	4	42—45
Dresden	31,25	37	37,85	4	40—45
Erfurt	32,—	35	38,—	3	38
München	32,—	40	43,—	4	42
Nürnberg	32,15	38	42,65	4	44
Landshut	32,—	44	40,30	3	34
Würzburg	33,—	40	42,—	5	60
Stuttgart	34,—	38	42,—	4	45—50
Freiburg i. Br.	34,50	42	42,50	4	35
Frankfurt a. M.	30,—	38	40,—	4	40
Köln	29,50	43	38,—	3	35
Aachen	30,—	35,3	38,50	3	38—40
Krefeld	31,50	40	39,—	3	35
Wuppertal	32,—	40	40,—	3	40—50
Essen	34,—	41,6	42,—	2,5	32
Bielefeld	30,—	36,5	40,50	2,5	30

1) Feinbrot 2) Durchschnittspreis

Unsere Zeitschriften

Technik und Wirtschaftswesen im Bäcker- und Konditorgewerbe, in der Süß-, Back-, Teigwaren- und Mühlenindustrie. Das Maiheft dieser Fachzeitschrift bringt u. a. eine äußerst interessante Abhandlung über die mullerische Verarbeitung und die vielfache Verwendungsmöglichkeit des Hafers, eine ausführliche Schilderung der Teigwarenfabrikation, einen Artikel über Wesen und Herstellung des Knäkebrotes, über die Standardisierung des Brotgetreides, über die Erzeugung und den Verbrauch von Zucker usw. Aus dem weiteren Inhalt seien folgende Kapitel hervorgehoben: Nahrungsmittelrechtliche Fragen; Technisch-wissenschaftliche Umschau; Mathematisches aus der Praxis; Arbeitsweise und -material; Aus Gewerbe und Industrie; Rohstoffmarkt; Patente; Fragekasten; Literatur.

Jeder im Betrieb stehende Kollege findet hier wertvolle Anregungen für die Praxis. Das mit vielen Abbildungen und auch textlich sehr gut ausgestattete umfangreiche Heft ist für die Mitglieder bei allen Ortsgruppen des Verbandes für 15 Pf. erhältlich.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Kein statutarisches Recht auf Unterstützungen aus den Lokalkassen. Daß junge Kollegen und Verbandsmitglieder trotz der müßlichen Zeit den Mut zur Wanderschaft finden, ist zu begrüßen. Dieses Wandern darf allerdings nicht auf Kosten der Lokalkassen gehen. Soweit Mit-

glieder, die wandern, zur Unterstützung aus allgemeinen Verbandsmitteln berechtigt sind, wird ihnen diese anstandslos in den Ortsgruppen ausgezahlt. Während des Bestandeslos in den Ortsgruppen sind Beiträge nach den Bestimmungen der Satzungen bzw. auf Grund der gegebenen und im Mitteilungsblatt publizierten Richtlinien zu zahlen.

Die Einhebung von besonderen Lokalbeiträgen hat es mit sich gebracht, daß aus den Lokalkassen auch Unterstützungen in diversen Fällen gezahlt werden, unter anderem auch reisenden Mitgliedern von Fall zu Fall. Das letztere wird aber immer stärker auszunutzen gesucht, so daß Lokalkassen von Reiseunterstützung stark in Anspruch genommen werden. In einigen kleinen solcher Ortsgruppen reichen die Ansprüche an Reiseunterstützung bald an die Einnahmen aus Lokalbeiträgen heran; dies bald an die Zahl der Arbeitslosen, die Lokalbeiträge nicht zahlen, noch ständig steigt und die gestaffelten Lokalbeiträge infolge der Lohnkürzungen und der Kurzarbeit niedriger wurden. Der Vorstand wurde von verschiedenen Seiten angegangen, zu veranlassen, daß die Lokalkassen für reisende Verbandsmitglieder gesperrt werde. Das will und kann der Verbandsvorstand nicht, stellt den Ortsgruppen aber anheim, auf diesem Gebiet hausälterischer zu sein. Und die reisenden Verbandsmitglieder werden an die finanziellen Schwierigkeiten besonder: kleiner Ortsgruppen erinnert und ermahnt, die Auffassung aufzugeben, daß die Ortsgruppen verpflichtet seien, ihnen aus ihren Lokalkassen unbedingt Unterstützung zu zahlen. Das ist nämlich nicht der Fall.

Der Verbandsvorstand: E. Backert.

Ausschlüsse: Auf Antrag der Ortsgruppe Schönebeck werden Wilhelm Bischoff, Arbeiter, geboren am 23. April 1908 in Schönebeck, Buchnummer 63 455, Willi Richter, Chauffeur, geboren am 19. Februar 1898 zu Coswig (Anhalt), Buchnummer 83 019, und Fritz Brandt, Brauereiarbeiter, geboren am 7. Januar 1902 in Frohe a. d. Elbe, Buchnummer 246 292, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Korrespondenzen

Bremen. (Ein 80jähriger) Kollege Julius Rieckeberg feierte am 10. Mai 1932 seinen 80. Geburtstag in voller Frische. Es findet keine Versammlung der Böttcherektion statt, in der Julius fehlt. Rieckeberg ist einer der ältesten Mitglieder und Gründer des Böttcherverbandes. Bereits 1887 wurde er in den Hauptvorstand gewählt, dem er fast ohne Ausnahme bis zum Jahre 1920, wo er freiwillig ausschied, angehörte. Auch auf mehreren Tagungen vertrat er die Interessen der Kollegen. Wir wünschen dem 80jährigen auch weiterhin Glück und volle Gesundheit. Mögen sich die Jungen an diesem alten Kämpfer ein Vorbild nehmen.

Bremerhaven. Bekanntlich ist das Agitieren unter den Fleischer- und Bäcker-gesellen eine äußerst schwierige Angelegenheit deshalb, weil in diesen Berufsgruppen die Kleinbetriebe vorherrschen. Hinzu kommt noch, daß viele Gesellen die fixe Idee besitzen, „auch mal selbständig zu werden“. Daß diese Illusion von seiten der Meister gefördert wird, ist erklärlich, denn durch ihre gepflegte Gesellenverdummung haben sie stets willige und billige Arbeitskräfte. Die wenigen Glücklichen, die tatsächlich durch gewisse Umstände selbständig werden, sind zu zählen. Weil nun die Meister meistens ihre Gesellen mit den rückständigsten Ideen beeinflussen können, so ist für uns die Kleinarbeit keine sehr leichte Aufgabe. Aber trotzdem halten wir es für unsere vornehmste Pflicht, die Werbearbeit trotz aller Schwierigkeiten nach wie vor zu pflegen.

Vor allem lassen wir kein Mittel unversucht, an die uns noch fernstehenden Kollegen heranzukommen, denn nirgends ist die Aufklärungsarbeit so notwendig, wie in diesen Kreisen. Da in unseren Verkehrslokalen dann und wann auch Unorganisierte verkehren, so ist es nicht schwer, diese Kollegen für unsere gerechte Sache zu gewinnen.

Dortmund. (Schiedsspruch für Brotfabriken.) Wir entnehmen dem „Vorwärts“: In dem Rahmentarif- und Lohnstreit bei den Brotfabriken von Rheinland und Westfalen wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den bisherigen Manteltarif mit einigen Aenderungen bis zum 30. April 1933 wieder in Kraft setzt. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1932 gekündigt werden. Erklärungsfrist ist der 11. Mai.

Hamburg. Mit dem Anschwellen der Nazistimmen ist auch manchem Unternehmer der Mut wieder gestiegen. Carl Schlichtkrul hat einen kleinen Betrieb für Herstellung von Kuvertüren und Kakaomassen. Es sind nur wenige Personen beschäftigt. In diesem Betrieb wollen die Arbeiter von der gewerkschaftlichen Organisation nichts wissen. Sie sind wie der Fabrikant Nazileute und scheuen sich auch nicht, gelegentlich ihre Einstellung zum Ausdruck zu bringen. Von unserer Organisation wurde versucht, auch an diese Betriebsbelegschaft durch Uebersendung unseres Aufklärungsmaterials heranzukommen. Sie hatte aber die Rechnung ohne Schlichtkrul gemacht. In einem Schreiben vom 18. März teilte er unserer Ortsgruppe mit, daß er wohl die von Zeit zu Zeit an „sein“ Personal gerichteten Reklambriefe erhalten habe, er habe sie jedoch vernichtet, weil „seine“ Leute auf unsere Richtlinien nicht eingestellt sind und Schlichtkrul der Auffassung ist, daß politische und Parteianglegenheiten in dem Betrieb nichts zu

suchen haben. Er werde auch in Zukunft die Annahme unserer Zuschriften an „sein“ Personal vermeiden. Dieser hochfahrende Ton wird von diesem kleinen Unternehmer angewendet, der nur einige Leute beschäftigt. Wie würde er sich dann erst aufbäumen, wenn er einen Großbetrieb hätte? Hoffentlich werden ihm die Bäume in den Himmel wachsen, sonst werden „seine“ Leute noch ihr blaues Wunder erleben.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Mastviehausstellung. Die 44. Mastviehausstellung ist in Berlin am 3. Mai eröffnet worden. Prachtexemplare an Tieren sind wiederum zur Schau gestellt, Schlachttiere ist bestimmt genug vorhanden, jedoch die Kaufkraft fehlt, um auch jenen Menschen den Fleischkonsum zu ermöglichen, die seit langer Zeit ohne Verdienst sind. Erstklassige Tiere sind in großer Anzahl vertreten, die der deutschen Viehwirtschaft alle Ehre machen. Sicher geben diese ein besseres Fleisch, als ausgemergelte Kühe, die besonders in den Arbeiterquartieren ausgeschlachtet werden.

In der Abteilung „Fachgewerbliche Arbeiten“ ist die Praktische Fleischer-Kochkunst-Fachschule Berlin untergebracht, die Zeugnis ablegt von ihren guten Leistungen. Wir stimmen mit dem überein, daß das Fleischergewerbe auch in dieser schweren Zeit es sich viel kosten ließ, um der Öffentlichkeit alle seine guten Eigenschaften vorzuführen. Es würde uns freuen, wenn das zuträfe, was hierüber eine Zeitung schreibt, daß sich das Fleischergewerbe trotz der schweren Zeit nicht unterkriegen läßt und seinen Mann stellt. Wir wünschen nur auch, daß die Fleischergesellen ebenfalls diesen Optimismus in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zur Schau tragen und ihre Errungenschaften hochhalten werden.

Die übliche Preisprämierung vollzog sich glatt, wenn auch da und dort nicht unzweideutig große Mißstimmung zur Geltung kam. Das ist aber immer bei allen Ausstellungen so und die Preisrichter werden es niemals allen recht machen können.

Schlachtsteuer in Mecklenburg-Strelitz. In Mecklenburg-Strelitz regiert nunmehr die Deutschnationale Partei mit Unterstützung der Nazi. Zum Dank, weil die Fleischermeister mit ihrem Anhang bei den Wahlen in das Nazilager übertraten, wird jetzt die Schlachtsteuer eingeführt, wie bereits vom Staatsminister in seiner Etatsrede angekündigt wurde. Natürlich erheben gegen diese Ohrfeige die Fleischermeister großes Geschrei. Nun soll eine Abwehrfront der Fleischermeister in diesem Ländchen ins Leben gerufen werden. Der Kampf soll auf der ganzen Linie gegen die Faschisten entbrennen und wir können noch allerlei erleben über den Zank, der im Nazilager ausgebrochen ist.

Aufwendungen für Auslandsanleihen. Neben den kurzfristigen Auslandsanleihen hat Deutschland noch rund 8,5 Milliarden Goldmark langfristige Auslandsanleihen zu verzinsen und zu tilgen. Die jährlichen Aufwendungen hierfür betragen von 1932 bis 1945 zwischen 600 bis 800 Millionen Mark. 1932 entsteht eine Belastung von 819 Millionen Mark. Der Dienst für kurzfristige Auslandsanleihen hinzugenommen ergibt eine Ausgabe von weit über 1 Milliarde Mark, die infolge der schlechten Devisenbilanz der deutschen Reichsbank und weiterhin als Belastung der deutschen Volkswirtschaft sich sehr drückend auswirkt.

Internationales

Krisenkongreß der schweizerischen Bruderorganisation. Am 24. April tagte unter Anwesenheit von 168 Delegierten und Verbandsfunktionären ein außerordentlicher Kongreß des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter. Neben zahlreichen Begrüßungsschreiben vom Auslande waren die Kameraden Savoie, Paris und Schmiedeck, Wien, vertreten. Genosse Dr. Weber referierte über „Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Krise“. Hierzu wurde ohne Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der außerordentliche Verbandstag der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz hat Stellung genommen zur Wirtschaftslage der Schweiz und zur Wirtschaftspolitik der Unternehmer und Bundesbehörden, die versucht, die Krisenfolgen ganz auf die Arbeiterklasse zu überwälzen.

Er ist einstimmig der Auffassung, daß der Lohnabbau die Zertrümmerung der Kaufkraft im Inland bedeutet, was eine gewaltige Verschärfung der Krise für die Inlandindustrien und die Landwirtschaft zur Folge hätte, ohne andererseits die Exportmöglichkeiten zu verbessern. Die Mitgliedschaft des Verbandes wird sich deshalb gegen den Lohnabbau mit allen Kräften zur Wehr setzen.

Der Verbandstag unterstützt einstimmig das Krisenprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und fordert seine Mitglieder auf, mit aller Energie einzutreten für die Forderungen auf Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinden, ausreichende Krisenhilfe, Erhebung einer eidgenössischen Krisensteuer und Verkürzung der Arbeitszeit.

Kamerad R. Fischer, Zentralkassierer des Verbandes, erstattete einen eingehenden Bericht über die Kas senverhältnisse. Die anhaltende Steigerung der arbeitslosen Mitglieder habe die Verbandskasse stark belastet.

Der Kongreß habe nun darüber zu befinden, ob die Unterstützungssätze ermäßigt werden sollen oder ob durch eine Beitragserhöhung weitere Einnahmen flüssig zu machen sind. Ohne Widerspruch wurde beschlossen, die Erhöhung der Beiträge um 10 Rappen pro Woche in den untersten, um 15 Rappen in den mittleren und um 20 Rappen in den höchsten Beitragsklassen vorzunehmen. Die neuen Beitragssätze treten am 1. Juli 1932 in Kraft. Weiter wurde beschlossen, daß den Grenzgängern, insofern sie in der Schweiz arbeitslos werden, die Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Gegen einen Vorschlag des Einigungsamtes in St. Gallen, wonach Lastwagenchauffeuren zugemutet wird, an zwei Tagen in der Woche 18 Stunden am Steuerrad zu sitzen, wurde Protest erhoben. Eine Reihe von Anträgen wurde dem nächsten ordentlichen Kongreß überwiesen.

Zur Aussperrung der Fleischer in Dänemark. Wir konnten noch in der letzten Nummer der „Einigkeit“ die an uns gelangte telegraphische Mitteilung über die Aussperrung von etwa 6000 Beschäftigten in den dänischen Fleischereibetrieben veröffentlichen. Der Kampf wurde von den landwirtschaftlichen Genossenschaften provoziert, denn diese bestanden darauf, daß ihrer Forderung eines 20prozentigen Lohnabbaues stattgegeben werden sollte, während die Organisation der Schlächtereiarbeiter Beibehaltung des jetzigen Lohnes, Erhöhung der Ueberstundenzuschläge und Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden in der Woche forderten. Alle Verhandlungen verliefen ergebnislos, worüber wir ebenfalls bereits berichtet hatten. Durch diese vom Unternehmertum in den Lohnkonflikt hineingetragene Stimmung wurde auch von den Schlächtereiarbeitern ein Vermittlungsvorschlag abgelehnt. Nur die kleine Gruppe der Privatschlächter stimmte für eine Annahme dieses Vorschlages. Später haben die Schlächtereiarbeiter der Organisationsleitung Vollmacht gegeben, für eine Annahme eines Lohnabbaues um zwei Kronen pro Woche einzutreten, jedoch die landwirtschaftlichen Genossenschaften weigerten sich, darüber noch Verhandlungen aufzunehmen. Sie erklärten den Krieg, und die Tore der Schlächtereien wurden am 29. April geschlossen.

Wie sehr diese vom Unternehmertum veranlaßte Aussperrung in das Wirtschaftsleben eingreifen wird, geht aus einer Rede des dänischen Ministerpräsidenten, Gen. Stauning, auf der in Kopenhagen stattgefundenen Maidunggebung hervor. Stauning wendete sich in sehr scharfen Worten gegen den vom Unternehmertum provozierten Konflikt, er nannte die Vorkommnisse einen Versuch, die Lappobewegung auch in Dänemark einzuführen. Die Regierung sei im Begriff, dem Parlament einen Vorschlag über die Herabsetzung der Schulden der Landwirtschaft, sowie über die Einführung eines Sechsstundenarbeitstages zur Ueberwindung der Arbeitslosennot vorzulegen und in diesem Augenblick provozierten die landwirtschaftlichen Genossenschaften den Konflikt. Dadurch seien die wichtigen Ausfuhrn an Fleisch- und Wurstarten nach England aufs schwerste bedroht. Die Regierung werde eingreifen müssen, um gegebenenfalls sich der landwirtschaftlichen Ausfuhr anzunehmen.

Unsere Fleischereikollegen dürfen unter keinen Umständen den streikenden dänischen Kameraden in den Rücken fallen. Zuzug muß auf der ganzen Linie unterbunden werden.

Oesterreich. (Unternehmerangriff auf die Brauerlöhne.) Der Reichsverband Oesterreichischer Bierverleger stellte an die Gewerkschaft eine 10proz. Lohnabbauforderung, ferner die Forderung auf Aenderung der Entgeltbestimmung und Beseitigung des Urlaubszuschusses. Die Organisationsvertreter lehnten diese Zustimmung ab und kündigten schärfsten Widerstand an. Dann versuchte das Unternehmertum, unter Beibehaltung der Frauenlöhne, eine Kürzung des Zuschusses in Krankheitsfällen auf 50 Proz. zu erreichen und verlangte, der Urlaubszuschuß soll vollständig wegfallen. Ebenfalls soll der Entschädigungssatz der Kutscher für geleistete Sonntagsarbeit gekürzt werden. Eine Versammlung der Betriebsbelegschaften am 31. März beschloß, die Forderungen der Unternehmer abzulehnen.

Schweden. (Vertragsverhandlungen im Bäckergewerbe.) Am 7. April begannen in Stockholm Verhandlungen über den neuen Abschluß des Kollektivvertrages. Von den Gewerkschaften lag die Forderung auf Erhöhung des bezahlten Erholungsurlaubes auf 12 Arbeitstage im Jahr vor, Lohnausfallentschädigung während 90 statt 60 Krankheitstagen und neue Einstufung in die Lohnlisten in einer Anzahl von Ortschaften. Hingegen forderte die Unternehmerorganisation einen Lohnabbau um 10 Proz. und den Arbeitsbeginn morgens um 5 Uhr. Sie weigerte sich auch, Forderungen auf Verbesserung von Vertragsbestimmungen näherzutreten. Unter Leitung eines Schlichters wurde folgende Einigung herbeigeführt:

1. Grundsätzlich wird an den bestehenden Arbeitszeitverhältnissen (Arbeitsbeginn) nichts geändert. Sollten an einzelnen Orten die Konkurrenzverhältnisse es erforderlich machen, so kann mit dem Einverständnis der Lokalorgane der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen der Arbeitsbeginn auf 5 Uhr morgens verlegt werden.
2. Nach zweijähriger Beschäftigung haben alle Arbeiter Anspruch auf 12 Tage Erholungsurlaub im Jahre.
3. Die Lohnausfallentschädigung für erkrankte Arbeiter wird für 60 Tage im Jahre gewährt.

4. Die Stockholmer Betriebe prüfen und korrigieren ihre Lohnlisten in der Weise, daß alle Arbeiter den einschlägigen Kategorie Lohn empfangen. Der so abgeänderte Vertrag gilt für die Dauer eines Jahres.

Unternehmertum

Ein zeitgemäßer Stoffseutzer, so nennt die „Nordwestdeutsche Bäcker- u. Konditoren-Zeitung“ nachfolgende Schaumschlägerei eines Geschäftsmannes:

„An meine werthe Kundschaft!“

Nachdem ich meine Umsatz-, Einkommen-, Vermögens-, Hauszins-, Grundvermögen-, Gewerkekaptal-, Gewerbebeitrags-, Lohn-, Hunde-, Getränke-, Instrumenten-, Bürger-, Kirchen-, Stempel-, Kraftwagen-, Betriebsstoff-, Ledigen-, Krisen-, Krisenlohn-, Aufbringungs-, Einkommenschlags-, Kapitalertrag-, Börsenumsatzsteuer-, Berufsschul-, Krankenkassenbeiträge, Invaliden-, Angestellten-, Arbeitslosen-, Lebens-, Feuer-, Einbruch- und Haftpflichtversicherung bezahlt habe, blieb mir nur noch das Porto für diese Drucksache übrig, um Sie zu bitten, mich bei eintretendem Bedarf in meinen Artikeln gütigst zu berücksichtigen“.

Soviel Unsinn und Unrichtigkeiten dürften kaum jemals auf einmal niedergeschrieben worden sein. Daß dies das genannte Blatt nicht merkte, zeugt nicht von besonderer Intelligenz. Es muß festgestellt werden, es handelt sich hier nicht nur um Steuern, die seitens der Geschäftsleute vollständig auf die Käufer umgelegt werden, sondern auch um solche Steuern, die man sparen kann oder nur entrichtet zu werden brauchen, wenn Vermögen vorhanden ist bzw. wer sich einen gewissen Luxus leisten kann.

Nazihandwerker in Parlamenten. Die Aufreibung der Wirtschaftspartei bei den letzten Länderwahlen ist allgemein bekannt. Die Handwerker haben aber, wie schon des öfteren, bewiesen, daß ihre politische Ueberzeugung sehr schwankend ist und sie stets sich an solche Parteien klammern, die ihnen die meisten Versprechungen machen. Jetzt sind sie bei den Nazis gelandet. In Preußen zieht auch der Bäckermeister Magunia aus Königsberg i. Pr. im Braunhemd ein. Neben ihm zieren noch 11 Handwerksmeister, darunter auch ein Fleischermeister Schmidt von Nordstemmen, die Nazibank. Wir sind recht neugierig, wie diese reaktionären Zünftler die Versprechungen für die Naziarbeiter einlösen werden.

Auch die Handwerkersöhne sind ihren Vätern ins Nazilager gefolgt. In Köln a. Rh. ist der frühere Führer der rheinischen Bäckermeistersöhne, Merzenich, jetzt Gaugeschäftsführer der Faschisten, und in anderen Orten tummeln sich die früheren „revolutionären“ Jungzünftler in Braunhemden scharenweise bei den Faschisten. Von der Regierung verlangen aber diese Helden große Unterstützung und Schutz ihrer unwirtschaftlichen Zwergbetriebe.

Literatur

Proletariernovellen. Von Martin Andersen Nexö. 206 Seiten. Preis in Leinen 2,70 Mk. für Mitglieder. Erschienen in der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61.

Andersen Nexö's Novellen sind ebenso wie seine Romane Meisterwerke. Die in dem vorliegenden Buch vereinigten 24 Novellen zeigen den Dichter als einen bedeutenden Menschengestalter und als Meister der Sprache. Mit der Herausgabe dieser Novellen hat die Büchergilde in anerkennenswerter Weise ihre Aufgabe, die Werke Andersens Nexö's in preiswerten Volksausgaben den Minderbemittelten zugänglich zu machen, fortgesetzt.

Unserm lieben Kollegen und Ortsgruppenvorsitzenden Konrad Hänel, Brauer, nebst seiner lieben Emmi die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Nach jahrelanger, goldner Zeit ist Konrad endlich nun bereit, ins Ehejoch zu treten. Vorbei ist's nun mit Skat und Feten, Jetzt wird'n geteilt die paar Moneten, Auch gilt's zum Baby-Happen anzutreten.

Darum „Frei Heil“ dem schmucken Paare.

Fürs fern're Wohl woll'n wir noch gern 'nen Kaps verlöten.

Prost!

Unserm Kollegen Jakob Hartenfels und seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2.10]

Die frei organisierten Kollegen der Bäcker, Ortsgruppe Koblenz.

Unserm Kollegen Paul Petermann und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silb. Hochzeit. [1.50]

Ortsgruppe Wittenberge (Bez. Potsdam).

Unserm werten Kollegen Heinrich Baumböfer und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1.80]

Die Kollegen der Brauerei Kronenburg, Dortmund.

Herzliche Glückwünsche unserem lieben Kollegen Paul Böhlke (dem treuen, braven Paul) zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum, zugleich auch noch ihm und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit [2.10]

von den Kollegen der Ortsgruppe Stadthagen, Sch.-Lippe.

Unserem Kollegen August Duffke und seiner lieben Frau zur stattfindenden Vermählung und unserem Kollegen Emil Prill nebst seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2.70]

Die Kollegen der Mühle Birschel, Hattigen, und Ortsgr. Bochum.

Ortsgruppe Ulm a. d. D.

Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß jeder Versuch, Lokalunterstützung zu erhalten, zwecklos ist. [1.80]

Die Ortsverwaltung.

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

18. Fortsetzung.

Doktor Grünstein hielt Wort. Am Vormittag kamen einige Militärärzte der berühmten Kommission.

Sie schritten erst die Bettreihen entlang und man hörte nichts anderes als: „Zeigen Sie die Zunge!“

Schwejk steckte die Zunge soweit heraus, daß sein Gesicht eine blöde Grimasse schnitt und seine Augen sich schlossen.

„Melde gehorsamst, Herr Stabsarzt, ich hab keine längere Zunge.“

Darauf folgte ein interessantes Gespräch zwischen Schwejk und der Kommission. Schwejk behauptete, daß er diese Bemerkung in der Befürchtung gemacht habe, sie könnten glauben, daß er vor ihnen die Zunge verstecke.

Die Urteile der Mitglieder der Kommission über Schwejk waren in Anbetracht dessen außerordentlich verschieden.

Die Hälfte von ihnen behauptete, Schwejk sei „ein blöder Kerl“, die andere hingegen, er sei ein Falott, der sich aus dem Militär eine Hetz machen wolle.

„Das müßt aber verflucht zugehen!“ brüllte der Vorsitzende der Kommission Schwejk an, „daß wir mit Ihnen nicht fertig werden sollten.“

Schwejk blickte die ganze Kommission mit der göttlichen Ruhe eines unschuldigen Kindes an.

Der Oberstabsarzt trat dicht an Schwejk heran:

„Ich möcht gern wissen, Sie Meerschwein, was Sie sich jetzt wohl denken?“

„Melde gehorsamst, ich denk überhaupt nicht.“

„Himmeldonnerwetter!“ schrie einer von den Mitgliedern der Kommission, mit dem Säbel klirrend, „er denkt also überhaupt nicht. Warum, Sie siamesischer Elefant, denken Sie denn nicht?“

„Melde gehorsamst, ich denk deshalb nicht, weils beim Militär den Soldaten verboten is. Wie ich vor Jahren beim einundneunzigsten Regiment war, da hat uns unser Herr Hauptmann immer gesagt: „Ein Soldat darf nicht selbst denken. Für ihn denken seine Vorgesetzten. Wie ein Soldat anfängt zu denken, is es schon kein Soldat, sondern ein ganz gemeiner Zivillist. Denken führt zu nichts.“

„Halten Sie's Maul.“ unterbrach ihn wütend der Vorsitzende der Kommission, „über Sie haben wir schon Berichte. Der Kerl meint, man wird glauben, daß er ein wirklicher Idiot ist — — Sie sind kein Idiot, Schwejk, geschreit sind Sie, gerieben sind Sie, ein Lump sind Sie, ein Falott, ein Lausub, verstehn Sie —“

„Melde gehorsamst, ich versteh.“

„Ich hab Ihnen schon gesagt, Sie soll'n das Maul halten, haben Sie gehört?“

„Melde gehorsamst, daß ich gehört hab, daß ich das Maul halten soll.“

„Himmelherrgott, also halten Sie das Maul. Wenn ich's Ihnen befohlen hab, so wissen Sie gut, daß Sie kuschen müssen!“

„Melde gehorsamst, daß ich weiß, daß ich kuschen soll.“

Die Herren Offiziere blickten einander an und riefen den Feldwebel:

„Diesen Mann da.“ sagte der Oberstabsarzt von der Kommission, auf Schwejk weisend, „führen Sie in die Kanzlei und warten auf unseren Bericht und Rapport. Der Kerl ist gesund wie ein Fisch, simuliert und drischt noch mit dem Maul und macht sich eine Hetz aus seinen Vorgesetzten. Er denkt, daß sie nur wegen seiner Unterhaltung hier sind, daß der ganze Krieg eine Hetz oder ein Jux ist. Man wird Ihnen im Garnisonarrest zeigen, Schwejk, daß der Krieg kein Jux ist.“

Schwejk ging mit dem Feldwebel in die Kanzlei und auf dem Weg über den Hof summte er vor sich hin:

„Meinte, daß das Dienen eine Hetz nur sei, daß es eine Woche oder vierzehn Tage dauert — und vorbei...“

Und während Schwejk in der Kanzlei von dem diensthabenden Offizier angebrüllt wurde, daß man solche Kerle wie Schwejk niederschießen solle, brachte die Kommission in den Krankenzimmern die Simulanten zur Strecke. Von siebzig Patienten retteten sich nur zwei. Einer, dem eine Granate ein Bein abgerissen hatte, und ein zweiter mit wirklichem Beinbruch.

Nur dies beiden hörten nicht das Wörtchen: „tauglich“; die anderen wurden alle, nicht einmal die drei sterbenden Schwindsüchtigen ausgenommen, felddiensttauglich befunden, wobei es sich der Oberstabsarzt nicht nehmen ließ, eine Rede zu halten.

Seine Rede war von den verschiedensten Beschimpfungen durchflochten und inhaltlich knapp. Alle sind Rindviecher und Mist, und nur wenn sie tapfer für Seine Majestät den Kaiser kämpfen werden, können sie in die menschliche Gesellschaft zurückkehren und nach dem Krieg wird ihnen verziehen werden, daß sie sich vom Militär drücken wollten und simuliert haben. Er selbst glaubt aber nicht daran und denkt, daß auf alle der Strick wartet.

Ergendein junger Militärarzt, eine noch reime und unverdorrene Seele, hat den Oberstabsarzt, ebenfalls

Eherechte — Ehepflichten

Für beide Ehegatten sind die Pflichten und Aufgaben, die innerhalb einer Familiengemeinschaft zu lösen sind, heute bitter und schwer geworden. Millionen Menschen müssen mit einem bescheidenen Existenzminimum ihr Leben fristen; Millionen von Frauen versuchen mit einem winzigen Wirtschaftsgeld ihren Haushalt und ihre Familie einigermaßen über Wasser zu halten. Es liegt auf der Hand, daß dieses dauernde Sparenmüssen, der nicht endenwollende Kleinkrieg mit den tausend Anforderungen des Alltags an den Nerven reißt und ein Zusammenleben zweier Menschen auf eine harte Probe stellen kann. Einer der Hauptstreitpunkte ist die Frage des Wirtschaftsgeldes. Sie führt immer wieder zu erbitterten Kämpfen und Entfremdungen zwischen Mann und Frau, ohne daß beide wissen, wer von ihnen gesetzlich im Recht ist. Nur so ist es zu erklären, wenn der Ehemann seiner Frau aus irgendeinem Grunde, der auf ganz anderen Gebieten liegt, droht: „Von heute an kriegst du einfach kein Wirtschaftsgeld mehr von mir. Dann kannst du ja mal sehen, was du anfängst!“, oder daß umgekehrt die Frau etwa die Forderung ausspricht, ihr das Dop-

pliern um Füllung der leeren Börse bittet, mit der Begründung: „Da waren so schöne Sachen im Schau- fenster ausgestellt — natürlich hab' ich sie gekauft!“

Die sparsame und vernunftgemäße Bewirtschaftung ist also eine gesetzliche Verpflichtung der Ehefrau. Sie ist aber auch ein Hauptrecht der Frau. Selbst wenn etwa eine Schwesler des Mannes oder die Schwiegermutter im Haushalt lebt, so hat die Frau doch allein das Recht auf Führung des Haushaltes. Verweigert ihr der Ehemann dieses Recht, so kann sie gegen ihn auf „Wiederherstellung des ehelichen Lebens“ klagen, denn nach dem Gesetz steht ihr die Hausfrauentätigkeit zu. Anders ist es natürlich, wenn etwa die Frau außerhäuslich berufstätig ist oder irgendwelche Heimarbeit übernommen hat und die noch rüstige Schwiegermutter beherzt hat und die noch rüstige Schwiegermutter beherzt hat und tatkräftig zugreift, um der jungen Frau die Doppelarbeit zu ersparen. In diesem Falle wird jede vernünftige Frau diese Hilfe dankbar anerkennen und selbst über ihren Kopf hinweg getroffene „Verfügungen“ mit Humor aufnehmen, denn in den meisten Fällen des Alltags entscheidet nicht das geschriebene „Recht“, sondern ein reibungsloses Zusammenleben.

Ein weiterer Streitfall ergibt sich daraus, daß die Frau das, was sie (etwa durch kluge Art des Einkaufs, durch besondere Sparsamkeit usw.) erübrigt, für sich als „Taschengeld“ beansprucht. Darauf hat sie gesetzlich kein Recht, sondern das Ersparte gilt als Eigentum des Mannes, falls nicht ein besonderer Ehevertrag vorliegt. Die Frau hat auch keinen Anspruch auf Lohn, wenn sie in der Werkstatt, im Geschäft, im landwirtschaftlichen Betrieb des Mannes mitarbeitet, wozu sie unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich verpflichtet ist. Andererseits allerdings wird ein vernünftiger Ehemann einer solchen unermüdeten tätigen Frau auf irgendeine Art seine Anerkennung und Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, sei es durch ein seinen Verhältnissen angemessenes Taschengeld oder durch eine sonstige Aufmerksamkeit.

Die Frau hat also ganz bestimmte Pflichten. Trotzdem aber ist sie dem Manne nicht untertan. Er hat nicht das Recht, sie etwa zu schlagen oder zu bedrohen; er darf sie auch nicht durch Anwendung von Gewalt unter seinen Willen zwingen. Die Frau hat vielmehr innerhalb ihres persönlichen Lebenskreises das Recht auf selbständige Entscheidung. Sie darf also etwa einen Briefwechsel selbständig führen, und der Mann ist nicht berechtigt, einen Brief seiner Frau zu erblicken. Er darf auch nicht der Frau die Art ihrer Lektüre, ihre Kleidung, ihre Haartracht, ihren Umgang, ihre Hygiene usw. vorschreiben. Dies alles fällt unter die Rubrik der „persönlichen Angelegenheiten“. Das Gesetz hat nur die Klausel beigefügt, daß der eheliche Ruf dadurch nicht gefährdet werden darf. Der Mann hat ferner das Recht, zu bestimmen, wer die eheliche Wohnung betreten darf, denn er besitzt das Verfügungsrecht über die Wohnung, die er, ebenfalls nach dem Gesetz, zu bestimmen hat.

Freilich ist es schlecht bestellt um eine Ehe, in der der starre Rechtsstandpunkt allein ausschlaggebend ist. Bessere Ratgeber zweier Menschen, die eine so enge und persönliche Lebensbindung eingegangen sind, müssen gegenseitige Rücksicht und Vertrauen zueinander sein. Elke.

Die Lerchen

Welch ein Schwirren, Welch ein Flug?

Sei willkommen, Lerchenzug!

Jene streift der Wiese Saum,

Diese rauschet durch den Baum.

Manche schwingt sich himmelan,

Jauchzend auf der lichten Bahn;

Eine, voll von Liedeslust,

Flattert hier in meiner Brust.

Ludwig Uhland

pelte der bisher vereinbarten Summe zu geben, mit der Drohung: „Wenn du mir das nicht gibst, dann kriegst du einfach die letzten 14 Tage des Monats nichts zu essen!“

Wie verhält sich das Gesetz zu solchen Ehepartnern? Nun — sie haben alle beide un- recht! Denn nach dem Gesetz ist der Mann verpflichtet, seiner Frau ein angemessenes Wirtschaftsgeld auf angemessene Zeit zu geben. Wenn er also etwa monatlich sein Gehalt bezieht, so ist er nicht berechtigt, der Frau für einen oder zwei Tage mit der Miene eines gnädigen Paschas Geld hinzulegen und sie dann nach Verbrauch um neue Summen bitten zu lassen, sondern die Frau hat gesetzlich ein Recht auf die Mittel, die sie zur Führung und Unterhaltung des Hauswesens braucht. Umgekehrt aber hat die Frau die Pflicht, das ihr anvertraute Geld vernünftig und sparsam zu verwirtschaften, gemäß dem Einkommen ihres Mannes und etwa vorhandenem Vermögen. Es geht also nicht an, daß sie das für einen ganzen Monat bestimmte Geld gleich in den ersten drei Tagen ausgibt und dann mit unschuldsvollem

sprechen zu dürfen. Seine Rede unterschied sich von der seines Vorgesetzten durch Optimismus und Naivität. Er sprach deutsch.

Er sprach lange davon, daß ein jeder von denen, die das Krankenhaus verlassen, um zu ihren Regimentern ins Feld zu gehen, ein Sieger und Ritter sein muß. Er sei überzeugt, daß sie die Waffen auf dem Kampfplatz geschickt handhaben und sich ehrenhaft in allen Kriegs- und Privatangelegenheiten verhalten würden. Unbezwungbare Krieger, eingedenk des Ruhmes Radetzky's und des Prinzen Eugen von Savoyen. Daß sie mit ihrem Blut die weiten Felder der Ehre des Herrscherhauses düngen und sich siegreich der Aufgabe entledigen würden, die die Geschichte ihnen vorbehalten habe. Tollkühn, ihres Lebens nicht achtend, sollten sie unter den zerschossenen Fahnen ihrer Regimenter vorwärtsstürmen zu neuem Ruhm, zu neuen Siegen.

Auf dem Gang sagte dann der Oberstabsarzt diesem naiven Menschen: „Herr Kollege, ich kann Sie versichern, daß das alles vergeblich ist. Aus diesen Lumpen hätte nicht einmal Radetzky oder Ihr Prinz Eugen Soldaten gemacht. Mit denen kann man sprechen wie ein Engel oder wie ein Teufel, es ist alles wurscht. Es ist eine Bande.“

9.

Schwejk im Garnisonarrest.

Die letzte Zuflucht der Menschen, die nicht in den Krieg gehen wollten, war der Garnisonarrest. Ich kannte einen Supplenten, der als Mathematiker nicht bei der Artillerie schießen wollte und deshalb einem Oberleutnant eine Uhr stahl, um in den Garnisonarrest zu kommen. Er tat dies mit voller Ueberlegung. Der Krieg imponierte und bezauberte ihn nicht. Auf den Feind schießen und auf der Gegenseite mit Schrapnells und Granaten ebenso unglückliche Supplenten, Mathematiker erschlagen, hielt er für einen Blödsinn.

„Ich will nicht wegen meiner Gewalttätigkeit gehaft werden“, sagte er sich und stahl seelenruhig die Uhr. Man prüfte zuerst seinen Geisteszustand und als er erklärte, er habe sich bereichern wollen, schaffte man ihn in den Garnisonarrest. Es gab mehr solcher Menschen, die wegen Diebstahl oder Betrugereien im Garnisonarrest saßen. Idealisten und Nichtidealisten, Menschen, die den Krieg für eine Einnahmequelle hielten, diverse Rechnungsoffiziere im Hinterland und an der Front, die alle möglichen Betrugereien mit der Menage und der Löhnung begingen, und dann die kleinen Diebe, tausendmal ehrenhafter als die Kerle, die sie hierher schickten. Außerdem saßen im Garnisonarrest Soldaten wegen verschiedener anderer Delikte rein militärischer Art, wie Subordinationsverletzung, versuchter Meuterei, Desertion. Ein besonderer Typus waren die Politiker, von denen achtzig Prozent vollständig unschuldig waren und von denen wiederum neunundneunzig Prozent verurteilt wurden. Der Apparat der Auditoren war großartig. So einen Gerichtsapparat besitzt jeder Staat vor dem allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verfall. Der Glanz der ehemaligen Macht und des früheren Ruhms erhält die Gerichte, die Polizei, die Gendarmerie und den käuflichen Mob der Angeber.

In jedem Truppenkörper hatte Oesterreich seine Spitzel, welche die Kameraden anzeigten, die mit ihnen auf denselben Kavalets schliefen und auf dem Marsch ihr Brot mit ihnen teilten.

Die Staatspolizei lieferte dem Garnisonarrest ebenfalls Material — die Herren Klima, Slawitschek u. Co. Die Militärzensur lieferte hierher die Autoren der Korrespondenz zwischen der Front und jenen, die sie daheim verzweifelt zurückgelassen hatten. Her brachten die Gendarmen sogar alte Ausgedingter, die Briefe an die Front schickten, und das Kriegsgericht pfefferte ihnen für ihre Trostesworte und ihre Schilderung der Not daheim zwölf Jahre auf.

(Fortsetzung folgt.)